

beeinflussen, daß sie tatsächlich ihre Stimmen im Block gemäß der Weisung der Kirchenleitung abgeben. Entsprechend eindeutig sind dann auch die Erwartungen der INC an die Politiker, daß diese Unterstützung entsprechend honoriert wird. In der Vergangenheit hatte die Iglesia ni Cristo hinter dem Präsidenten Marcos gestanden.

Zunehmende Bedeutung haben auch die verschiedenen *evangelikal und charismatischen Gruppen*, deren Mitgliederzahlen schwer genau zu bestimmen sind, die aber gut besuchte Versammlungen und Schulungen durchführen, an denen auch viele katholische Christen teilnehmen. Politisch im eigentlichen Sinn sind diese Gruppen sicher nicht, wenn auch ihre Eigenart, mit Bezug auf Jesus und den Heiligen Geist konkreten Problemen aus dem Weg zu gehen, durchaus politische Implikationen hat. Im Wählerverhalten werden die Mitglieder dieser Gruppen wohl eher zum konservativen Lager, d. h. zu Kandidaten wie Cojuangco, tendiert haben.

Christlich-Islamische Beziehungen

Im Präsidentschaftswahlkampf spielte die Tatsache eine gewisse Rolle, daß zwei der sieben Präsidentschaftskandidaten – Fidel Ramos und Jovito Salonga – aus den protestantischen Kirchen kamen. Mit Ramos hat erstmals ein *protestantischer Christ* die Mehrheit der Stimmen zur Wahl zum Präsidenten der Philippinen erreicht. Das politische Gewicht der protestantischen Kirchen wird dadurch wachsen. Wie sehr das ökumenische Klima durch die Interventionen von Kardinal Sin gegen nicht-katholische Kandidaten beschädigt worden ist, wird sich in nächster Zukunft zeigen. Ein Präsident Ramos wird sich schon im eigenen Interesse um gute Beziehungen zur katholischen Kirche in den Philippinen bemühen. Andererseits hat das Gerangel zwischen den Bischöfen im Wahlkampf das politische Gewicht der katholischen Kirche sicher nicht gestärkt.

Die Philippinen sind das einzige Land in Asien, in dem die Christen die weitaus größte Mehrheit darstellen. Die katholische Kirche in den Philippinen ist mit über 80 Prozent der Bevölkerung die größte Glaubensgemeinschaft. Nur in Mindanao gibt es Gebiete, in denen die Muslime einen großen Teil bzw. die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Belastet von einer Geschichte ständiger Aus-

einandersetzungen, war das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen gespannt und voll von gegenseitigem Mißtrauen. Die Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen der muslimischen Befreiungsbewegung (Moro National Liberation Front/MNLF) mit den Regierungstruppen liegt erst einige Jahre zurück. Bewaffnete Privatarmeen wie die von Nur Misuari sind immer wieder in kleinere Scharmützel verwickelt. Die Bestrebungen der Muslime, für die Gebiete, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen, Autonomie zu erreichen, sind in der letzten Zeit nicht weitergekommen.

Der Wahlkampf bedeutete daher für Mindanao eine Zeit besonderer Spannungen und Unruhe. Am Ostersonntag wurde in der Stadt Iligan, im Norden Mindanaos, während des Gottesdienstes in der Kathedrale eine Handgranate unter die Gläubigen geworfen, die elf Menschen das Leben kostete und viele verwundete. Geworfen wurde die Bombe von einem muslimischen Jugendlichen, der seinen Ärger über Auseinandersetzungen unter Jugendgruppen in der Stadt loswerden wollte.

Auf der gleichen Ebene liegt der Mord an dem italienischen Pater *Salvatore Carzedda*, der am 20. Mai 1992 in Zamboanga ebenfalls von Muslimen erschossen wurde. P. Carzedda war ein Mitarbeiter der Silsilah-Bewegung, einer Initiative, um den christlich-islamischen Dialog auf Mindanao zu fördern. Seit acht Jahren versuchen Christen und Muslimen der Silsilah-Bewegung in Zamboanga, ein Informationszentrum zu unterhalten, um gegenseitiges Verstehen zu ermöglichen, Formen einer interreligiösen Lebensgemeinschaft zu entwickeln, sich gemeinsam an sozialen Brennpunkten einzusetzen – kurz, einen „Dialog des Lebens“ zu initiieren. Bestimmten islamischen Kreisen scheint diese Arbeit der Verständigung wohl zu erfolgreich und den eigenen Plänen abträglich zu sein, so daß sie diesen Angriff auf das Leben des italienischen Priesters starteten.

Solche Zwischenfälle beleuchten das weiterhin schwierige Miteinander von Christen und Muslimen auf Mindanao und in den Philippinen. Zugleich machen sie deutlich, daß es keine ernstzunehmende Alternative zur Entscheidung für einen interreligiösen Dialog und gegenseitige Verständigung gibt, wie sie die Silsilah-Bewegung auch weiterhin verfolgt.

Georg Evers

Kurzinformationen

Die Glaubenskongregation veröffentlichte eine Instruktion zu einer effektiveren Kontrolle katholischer Medien und Verlagshäuser

Die römische Glaubenskongregation veröffentlichte am 9. Juni eine Instruktion – so ihr offizieller Titel – „über einige Aspekte des Gebrauchs der sozialen Kommunikationsmittel bei der Förderung der Glaubenslehre“. Die

Instruktion trägt das Datum vom 30. März. In dem Schreiben werden im wesentlichen die Bischöfe und die Ordensoberen an ihre Verantwortung in bezug auf die Herausgabe und Veröffentlichung von Schriften aller Art durch Kleriker, Ordensleute und Laien erinnert. Ausgangspunkt ist die Feststellung, durch die sozialen Kommunikationsmittel im allgemeinen und durch die Bücher im besonderen würden „heute immer mehr irri- ge Gedan-

ken verbreitet“. Über weite Strecken ist die Instruktion eine *Zusammenstellung und Erläuterung der einschlägigen Canones des Kirchenrechts* zu dieser Frage. In einem ersten Kapitel geht es um die Darstellung der Verantwortung der Bischöfe, im zweiten um die Frage der Approbation und Erlaubnis für verschiedene Arten von Schriften, im dritten um das „Apostolat der Gläubigen“ im Verlagswesen und im besonderen bei katholischen Verlagen. Thema des vierten Kapitels und im Grunde das wichtigste Thema der gesamten Instruktion ist die Verantwortung der *Ordensoberen*. Gemeinsam mit dem Ortsordinarius seien die Ordensoberen dafür verantwortlich, den Mitgliedern ihrer Institute für ihre Lehre und die Sitte behandelnden Schriften die Erlaubnis zur Veröffentlichung zu geben (Paragraph 3). Weiter heißt es in dem Zusammenhang: „Die Ordensoberen, zumal jene, deren Institute als besonderes Ziel das Apostolat der Presse und der sozialen Kommunikationsmittel haben, müssen sich dafür einsetzen, daß ihre Mitglieder die einschlägigen kanonischen Normen treu befolgen. Sie sollen besonders für die mit dem Institut verbundenen Verlage, Buchhandlungen usw. sorgen, damit sie ein wirksames apostolisches Werkzeug sind und der Kirche und ihrem Lehramt treu bleiben“ (Paragraph 5). Hintergrund für dieses Schreiben dürften nicht zuletzt verschiedentliche Auseinandersetzungen um Veröffentlichungen von Ordensleuten bzw. um von Orden getragene Zeitungen und Zeitschriften in der Vergangenheit sein, bei denen Bischöfe wegen der Autonomie der Orden nur begrenzte Möglichkeiten der Einflußnahme besitzen.

Papst Johannes Paul II. unternahm eine Reise nach Angola sowie nach São Tomé und Príncipe

Seine 55. Auslandsreise und neunte Reise nach Afrika führte Papst Johannes Paul II. vom 4. bis 10. Juni nach Angola und den ebenfalls portugiesischsprachigen westafrikanischen Inselstaat São Tomé und Príncipe. Äußerer Anlaß der Reise war die 500-Jahr-Feier der Evangelisierung Angolas. Der Verlauf der Reise wurde jedoch vor allem durch die weiterhin äußerst prekären politischen Verhältnisse ein Jahr nach dem Friedensabkommen von Lissabon vom 31. Mai 1991 geprägt. Im Vorfeld der Reise war befürchtet worden, der Papst könne ungewollt in die innenpolitischen Auseinandersetzungen des Landes hineingezogen werden – und dies wenige Monate vor den für Ende September dieses Jahres geplanten Parlamentswahlen. Das Bemühen der politischen Kräfte des Landes, von der einzigen funktionierenden Institution mit nationaler Bedeutung, der Kirche und ihrer Autorität in der rund 55 Prozent Katholiken umfassenden Bevölkerung zu profitieren, war jedenfalls unübersehbar. Der Papst beließ es bei einem gemeinsamen Zusammentreffen mit Staatspräsident *José Eduardo dos Santos*, dem Führer der ehemals von Kuba unterstützten marxistischen Befreiungsbewegung MPLA, und dem Führer der oppositionellen und einst im Bürgerkrieg von Südafrika und den Vereinigten

Staaten unterstützten UNITA, *Jonas Savimbi*. Sieht man einmal von Themen ab, die auf Papstreisen der letzten Jahren immer wiederkehren, gerade auch in Afrika, so kennzeichnete diese Reise vor allem der Appell des Papstes zu *Frieden, Versöhnung* und *Solidarität*. Bei einem Treffen mit Katechisten gedachte der Papst der zahlreichen Opfer des Bürgerkriegs gerade auch unter kirchlichen Mitarbeitern. Bei einer Begegnung mit den Bischöfen Angolas und São Tomés rief er die Kirche auf, nach dem Ende des Bürgerkriegs ein Beispiel für Frieden und ein Ort der Versöhnung und der Freundschaft aller Menschen guten Willens zu sein. Vor Vertretern verschiedener Konfessionen rief er alle christlichen Kirchen Angolas auf, gemeinsam und in ökumenischer Gesinnung für Frieden und Aussöhnung in ihrem von jahrzehntelangem Krieg heimgesuchten Land einzutreten. In Luanda, der Hauptstadt Angolas, nahm der Papst an der Eröffnung einer Vorbereitungssitzung zur geplanten afrikanischen Sondersynode teil.

Caritasverband fordert Verbesserung der Wohnraumversorgung für einkommens- und durchsetzungsschwache Bevölkerungsgruppen

Veränderungen in der Wohnungspolitik, um der zunehmenden Ausgrenzung einkommensschwacher und sozial benachteiligter Gruppen bei der Wohnraumversorgung entgegenzusteuern, fordert eine vom Deutschen Caritasverband (DCV) Anfang letzten Monats veröffentlichte Studie mit dem Titel „Wohnraumversorgung und Wohnungspolitik“. Durch gezielte Eingriffe im Sinne eines gestuften Intervenierens und Subventionierens müsse die soziale Ausgestaltung für Teile des Wohnungsmarktes gewährleistet werden, damit es wieder zu einem echten Gleichgewicht zwischen einem sozial orientierten und einem marktorientierten staatlichen Handeln komme. Bisherige Subventions- und Steuerungsmaßnahmen zur Sicherung preiswerten Wohnraums seien unzureichend: Belegungsbindungen liefen ohne ausreichende Ersatzmaßnahmen aus, Mietpreisregulierungen könnten weder die Preissprünge bei Neuvermietungen dämpfen, noch sei der Bezug auf den Zeitraum von drei Jahren zur Errechnung der Vergleichsmiete ausreichend. Der soziale Mietwohnungsbau werde in Relation zur Eigentumsförderung nicht im notwendigen Maße subventioniert, vielmehr liege der Förderschwerpunkt weiterhin bei der Eigentumsförderung, an der nur Haushalte mit höheren Einkommen partizipieren könnten. Wohngeld schaffe nur unzureichend Zugang zum Wohnungsmarkt. Zudem könne es nur zum Teil die steigenden Mieten decken. Als „kurzfristige“ Lösung fordert der für die Studie verantwortliche DCV-Fachausschuß „Soziale Brennpunkte“ einen staatlichen Wiedereinstieg in den sozialen Mietwohnungsbau mit dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindung. Der Bestand an Sozialwohnungen hat sich von 4,4 Millionen im Jahre 1981 auf 3,3 Millionen 1990 reduziert. In den qualitativ wie quantitativ unzureichenden

jüngsten Programmen zur Förderung des Wohnungsneubaus sei keine Umorientierung in der Wohnungspolitik erkennbar. Bei den bestehenden Sozialwohnungen müßten umfangreiche Maßnahmen die Sozialbindung garantieren. Weiter weist die Studie daraufhin, daß eine Ausweitung des Mieterschutzes und der Mietpreisbindung unumgänglich seien. Eine Mietpreisbindung müsse auch bei Neuvermietung eingeführt, die Strafverfolgung wegen Mietpreisüberhöhung verschärft und der Kündigungsschutz verbessert werden.

Der Deutsche Katechetenverein äußerte sich zur Lage der Gemeindegatechese

Auf die seit dem programmatischen Beschluß „Das katechetische Wirken der Kirche“ der *Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland* von 1974 veränderte Situation auf dem Gebiet der Gemeindegatechese hat der Vorstand des *Deutschen Katechetenverbandes* in einem sogenannten „Dialogpapier“ hingewiesen (Wortlaut: *Katechetische Blätter*, 5/92, 368 ff.) Eine Zeitlang habe man auf den Tatbestand, daß viele offensichtlich immer weniger an christlichen Glaubensstraditionen mitbringen, mit einer Intensivierung der Katechese reagiert, um nach- bzw. aufzuholen, was anderweitig nicht oder kaum stattgefunden hat. Damit sei man jedoch inzwischen „an eine Grenze gestoßen“. Als Ursachen dafür werden das derzeitige *herrschende Lebensgefühl* sowie die *schwindende Lebensbedeutung der christlichen Gemeinden* angegeben. Die in unserer Gesellschaft zu spürende „neue Religiosität“, die sich z. B. in der Suche nach einer neuen Innerlichkeit, nach Sinnhaftigkeit und neuen Werten äußere, artikuliere sich kaum innerhalb der Kirche oder der Gemeinden. Andererseits gehe von den Gemeinden und Gemeinschaften kaum eine „Attraktivität oder Motivation aus, in ihnen und mit ihnen leben zu wollen“. In dieser Situation komme man nicht umhin, Abschied zu nehmen: von einer Zeit, in der die Kirche als Volkskirche vielerorts alle Menschen oder doch starke Mehrheiten sammelte; von der Erwartung, alle oder doch möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu erreichen; von der Vorstellung, bei möglichst vielen die Fähigkeit zum Beten aufzubauen, sie zu einer Beziehung zu Jesus Christus, einer Begegnung mit der Nähe Gottes in den Sakramenten und einer Teilhabe an den Werken der Nächstenliebe anzustiften. Es gelte aber auch „Abschied zu nehmen von der Vorstellung, daß unsere herkömmlichen territorial geprägten Gemeindestrukturen die einzigen Lebens- und Glaubensräume der Christen und Christinnen sind. Christliche Gemeinschaften und Gemeinden werden recht unterschiedliche Formen und Strukturen haben.“ Als Konsequenzen für die katechetische Arbeit wird u. a. darauf hingewiesen, daß es in der Pastoral nicht einfach um ein ‚alles oder nichts‘, ein ‚entweder – oder‘ gehen könne. Es müsse darum gehen, im Namen Gottes „bei den Menschen zu sein“, auch wenn diese nicht bei der Kirche seien. Die Motive heuti-

ger Menschen, wenn sie um ein Sakrament bitten, seien „sehr vielfältig“. Die immer unterschiedlicher und ungleichzeitiger werdenden Lebens- und Glaubensgeschichten der Menschen verlangten „differenzierte Zugänge zu den einzelnen Sakramenten“.

Synode der ukrainisch-katholischen Kirche drängt auf Anerkennung als eigenes Patriarchat

Die Synode der ukrainisch-katholischen Kirche, die jetzt vom 16. bis zum 31. Mai zum ersten Mal seit ihrer Zwangseingliederung in die russisch-orthodoxe Kirche im Jahr 1946 in Lemberg auf ukrainischem Boden stattfand, hat in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung den Papst aufgefordert, ihre Kirche als eigenes Patriarchat anzuerkennen. Der Status und die damit verbundenen Rechte kämen ihr bereits durch das Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils „*Orientalium Ecclesiarum*“ zu. Bisher hat der Vatikan jedoch nur anerkannt, daß mit der Verleihung des Titels „Großerzbischof“ an Kardinal *Slypyi*, den Vorgänger des jetzigen Großerzbischofs von Lemberg und Oberhauptes der ukrainisch-katholischen Kirche, Kardinal *Myroslaw Iwan Lubatschivskij*, auch alle Rechte eines Patriarchen verbunden seien. In einer eigenen Erklärung haben die ukrainischen Bischöfe die „Pseudo-Synode“ des Jahres 1946 für ungültig erklärt, in der die Eingliederung der ukrainisch-katholischen Kirche in die Orthodoxie beschlossen worden war. In einem Pastoral Schreiben an die „ukrainische Nation“ – in dem auf die verheerende Situation des Landes verwiesen, die ukrainische Regierung zur Rehabilitation der Kirche und das ganze Volk zu Einheit, Toleranz und friedlichem Zusammenleben mit den Nachbarländern aufgefordert wird – unterstreichen die Bischöfe zudem ihren Wunsch zur Wiedervereinigung der getrennten Kirchen in der Ukraine: Die heute gespaltenen Kirchen hätten in dem gemeinsamen Kiewer Erbe, dem Glauben des Hl. Wladimir, dem byzantinischen Ritus, dem gemeinsamen christlichen Glaubensgut und in der Liturgie alle historischen wie theologischen Grundlagen, wieder eins zu sein. Rom hatte im Vorfeld der Lemberger Synode gemahnt, den katholisch-orthodoxen Dialog, der durch die Konflikte in der Ukraine stark gefährdet sei (vgl. HK, Februar 1992, 93 und HK, Mai 1992, 207), durch zu scharfe Töne zu behindern. Auch der erst jüngst eingesetzte Nuntius in der Ukraine, Erzbischof *Antonio Franco*, betonte bei der Synode, die Ukraine sei in Bezug auf die Ökumene „Prüfstand für den Willen zum Dialog, von katholischer wie von orthodoxer Seite“. Im Anschluß an die Synode, die zum ersten Mal nach den Richtlinien des neuen, im Vorjahr promulgierten Ostkirchenrecht abgehalten wurde und an der auch die Bischöfe der ukrainisch-katholischen Diözesen in Westeuropa, den USA und Kanada teilnahmen, werden weitere Beschlüsse veröffentlicht werden, wenn sie vom Vatikan bestätigt worden sind. Dabei wird es sich um *Bischofswahlen* und Neufestsetzungen der *Diözesangrenzen* innerhalb und außerhalb der Ukraine handeln.